

Beschluss der BAG Energie in der Sitzung vom 22.11.2008 in Berlin

Der Konflikt um Pflanzliche Energieträger und der sinnvolle Umgang damit Die Spreu vom Weizen trennen

Nur nachhaltige Nutzung von Biomasse ist ein Beitrag von vielen zur Lösung des Klimaproblems und zur Sicherheit der Energieversorgung

Innerhalb weniger Jahren hat sich die Diskussion über die Verwendung von pflanzlichen Energieträgern weitgehend verändert. Aus der breiten Unterstützung für Energie aus Biomasse als einem wichtigen Pfeiler einer zukunftsorientierten nachhaltigen Energieversorgung ist inzwischen eine oft scharfe Kritik geworden, insbesondere bezogen auf die Agro-Kraftstoffe. Genannt werden:

- Eine negative Beeinflussung der Sozialsysteme der betroffenen, in der Regel armen Staaten;
- die Verteuerung von Weizen, Mais, Reis und anderen Grundnahrungsmitteln neben anderen Gründen auch aufgrund steigender Nachfrage nach Agro-Energieträgern. Damit verbunden auch Hungersnöte und eine noch schlechtere Versorgung der Ärmsten der Armen;
- Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen für die Agro-Kraftstoffproduktion, zum Teil mit der Vertreibung von LandwirtInnen, die für den Eigenbedarf produzieren.
- Überschreitung von Fruchtfolgegrenzen beim Anbau von Raps für die Biodieselproduktion in einigen Regionen Deutschlands (z.B. Mecklenburg-Vorpommern) und damit verbundenem erhöhtem Aufkommen an Schädlingen und Pflanzenkrankheiten, was zum erhöhten Einsatz von Pestiziden führte.
- Weitere Intensivierung der Landwirtschaft in Europa (*Die European Fertiliser Manufacturers Association (EFMA) berichtet in ihren Werbeprospekten von einem dank „Bio“-Kraftstoffe wieder ansteigenden Absatz von synthetischen Düngemitteln*).

Jüngste Untersuchungen zeigen vor allem erhebliche Bedenken gegen eine weitere Erhöhung des Anteiles an sog. „Bio“-Sprit im Kraftstoff. Probleme sind:

- der Einsatz von Stickstoffdünger (*die Treibhausgas-Wirkung von Lachgas, N₂O aus der Zufuhr von Düngerstickstoff in die Ackerböden, der klimarelevanter Faktor von N₂O beträgt im Vergleich zu CO₂ ca. 300*);
- die Änderung der Landnutzung (z.B. durch Umwandlung von natürlichen Regenwäldern in Ölpalmlantagen z.B. in Malaysia und Indonesien (*Die Zerstörung von Regenwald durch Brandrodung, die dabei freigesetzten CO₂-Emissionen und der Ausfall als CO₂-Speicher, die Freisetzung von CO₂ aus dem Abbau des in Torfböden gebunden Kohlenstoffs z.B. in Indonesien aufgrund der Umwandlung in Ölpalmlantagen, sowie die Umwandlung von Brachflächen in Agrarland häufig nicht angemessen berücksichtigt*.) oder die Umwandlung von Torfböden;
- die Eingriffe in Wasserhaushalt;
- Monokulturen mit dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO))
- und der erhebliche Einsatz fossiler Energieträger bei der Herstellung.

Werden diese berücksichtigt, ist die Treibhausgasbilanz im Extremfall sogar negativ gegenüber den fossilen Kraftstoffen. Soja- und Palmöl sind wesentlicher Teil der „Bio“-Sprit-Konzepte. Zuckerpflanzenanbau in Brasilien verdrängt zudem die Sojaanbauflächen immer weiter in den Regenwald hinein. Die oben genannten Probleme treten auch bei anderen landwirtschaftlichen Produkten wie Futter- und Nahrungsmittel auf. Seit 2005 haben sich Nahrungsmittel deutlich verteuert, in der EU allein im April 2008 um 7,1 % (BRD: 6,4 %) gegenüber dem Vorjahr, international teilweise über 100 %.

Die Ursachen für den Preisanstieg bei Lebensmitteln sind sehr unterschiedlich: neben der Klimaänderung die Nachfrage nach Agro-Kraftstoffen, der Anstieg der Weltbevölkerung, die Verknappung der Agrarflächen, der Anstieg des weltweiten Fleischkonsums sowie die Spekulation mit Nahrungsmittel (Weizen, Schweinepreise etc.). Trotzdem wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder eine weitgehend einseitig Schuldzuweisung an die Hersteller und Nutzer von Bioenergien betrieben. Es wird zunehmend schwieriger, die Spreu vom Weizen zu trennen. Die vollkommen zu Recht kritisierte Regenwaldvernichtung durch Agrokraftstoffkonzerne und der Energiepflanzenanbau in Monokulturen ist oft kaum noch von einer ökologisch sinnvollen Produktion von heimischen Bioenergien in vielen Ländern in- und außerhalb Europas zu unterscheiden.

Wir stellen fest:

Aus Nutzpflanzen gewonnene Öl- und Benzin-Ersatzstoffe eignen sie sich mittel- und langfristig nicht dazu, in großem Umfang Erdöl zu ersetzen. Ein Ersatz an sensiblen Stellen (Schifffahrt, landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge etc.) ist jedoch anzustreben. Aber Biogas, vor allem aus Reststoffen, Abfällen oder Ganzpflanzen, möglichst in Kombination mit Kraftwärmekopplung und unter Beachtung der Humus- und Nährstoffbilanz können ein wichtiges Element zur Reduktion von Treibhausgasen und damit Lösung der Klimaproblematik sein.

(Beim Einsatz von Reststroh und auch bei der Ganzpflanzennutzung ist zu beachten, dass ein Teil der Biomasse auf dem Feld verbleiben muss bzw. zurückgeführt werden muss, um eine ausgeglichene Humusbilanz zu gewährleisten. Die in der Asche aus Verbrennungs- und Vergasungsprozessen enthaltenen Pflanzennährstoffe (z.B. K, P) müssen auf die Ackerflächen zurückgeführt werden, um die Nährstoffkreisläufe zu schließen.)

Immer ist jedoch eine sorgfältige Abwägung der Nutzung von Ackerflächen ist notwendig. Die Produktion von pflanzlichen Rohstoffen darf nicht zu Lasten der Lebensmittelerzeugung gehen. Alle pflanzlichen Rohstoffe sind durch Kaskadennutzung (Lebensmittel/stoffliche Verwertung/energetische Nutzung/Humusrückführung) effizient dem Kreislauf zurückzugeben.

Daher fordert die BAG Energie von Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

1. Fünfjähriges Moratorium für die Beimischungsquote

Die verbindliche Beimischungsquote für Agro-Kraftstoffe ist schnellstmöglich aufzuheben. ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit überprüft wurden. Die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang vorgelegten Kriterien für eine Zertifizierung sind unausgereift und müssen neu formuliert werden.

2. Schrittweise Verringerung von Futtermittel-Importe in die EU mit dem Ziel eines vollständigen Ersatzes durch einheimisch hergestellte Futtermittel

Die Diskussion über Agro-Kraftstoffe ist nicht mehr zu trennen von der Diskussion über den zunehmenden Fleischkonsum und dessen ökologische Folgen. Insbesondere Soja-Importe (überwiegend als Tierfutter eingesetzt) sind folgerichtig sofort auszusetzen. Die Alternative ist die lange überfällige Forcierung der Biolandwirtschaft.

3. Neue Definition der Zertifizierung von Pflanzlichen Energieträgern

Ein internationales Regelwerk für Agro-Kraftstoffe muss das soziale und ökologische Risiko begrenzen. Es bedarf schnellstmöglich eines neuen, einheitlichen Zertifizierungssystems für Pflanzliche Energieträger, das die Einhaltung der von der Cramer Kommission erarbeiteten Kriterien umfasst. Die Zertifizierung muss ökologische und soziale Kriterien ebenso einbeziehen wie Veränderungen in der Landnutzung etwa durch „Ausweichen oder Verdrängung“. Länder, die eine Zertifizierung anstreben, werden bei der Entwicklung von nachhaltigen Zertifizierungssystemen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

4. Ablehnung großflächiger Monokulturen und Genpflanzen

Großflächige Monokulturen wirken sich negativ auf die landwirtschaftliche Artenvielfalt aus, wir lehnen sie daher als Lösung der Probleme sowohl in Deutschland als auch in Entwicklungsländern ab.

Die immer wieder geforderte Nutzung genmanipulierter Pflanzen zur Energiegewinnung ist aufgrund der bekannten Risiken dieser Technologie nicht diskutabel.

5. Vielfalt ist Leben - „vergessene Pflanzen fördern“

Die sogenannten vergessenen Pflanzen (Beispiel: afrikanische Nutzpflanzen „The Lost Crops of Africa“, aber auch Pflanzen in Zentralamerika und Asien) sind systematisch zu erforschen, zu erhalten und ihr Anbau weiter zu fördern. Die Bedeutung vielfältiger Nutzpflanzen weltweit als hochwertige Nahrungsquellen und Verdienstmöglichkeiten für Kleinbauern durch regionale Vermarktung ist ein entscheidender Faktor im Kampf gegen weltweite Armut und Hunger. Wiederaufforstungsprojekte und eine nachhaltige Forstwirtschaft stabilisieren das lokale Klima.

6. Eine wissenschaftliche Bewertung

Eine wissenschaftliche Bewertung der Klimarelevanz und des Energiegehaltes der einzelnen Pflanzlichen Energieträger ist für die verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten umgehend durchzuführen. Alle Pflanzlichen Energieträger mit einer negativen Klimabilanz (unter Berücksichtigung ALLER klimarelevanten Aspekte) bezogen auf die jeweils ersetzten Rohstoffe sind von der Verwendung in Europa auszuschließen. Schadstoffe sind auf ein Minimum zu beschränken und in der Bewertung zu berücksichtigen.

7. Forschung bezüglich Biogas aus Reststoffen intensivieren

Die Forschung bezüglich der Verwertung von Biogas, vor allem aus pflanzlichen Abfällen und anderweitig nicht verwertbaren Stoffen, ist schnellstmöglich deutlich auszuweiten und die Nutzung weiter auszubauen.

8. Lokal handeln – lokal verwerten: Pflanzlichen Energieträger zur StandortVERBESSERUNG und zur lokalen Energieversorgung

Bioenergie kann in Entwicklungsländern eine sinnvolle Energiequelle sein, sowohl als Grundlage für die lokale Entwicklung als auch zum Ersatz von devisenzehrenden Mineralölimporten. Dies ist insbesondere der Fall, wenn dabei ein Beitrag zur Einkommenssicherung der lokalen Bevölkerung gegeben ist. Devastierte Standorte sollen genutzt werden. Sinnvoll ist auch ein klar begrenzter Flächenanteil nicht nur in Europa, sondern vor allem auch in den Entwicklungsländern und Schwellenländern. Hier sollte zuerst die Versorgung der Regionen im Vordergrund stehen. Derartige Projekte sind zu fördern. Exporte nach Europa/USA sind möglichst nur in eng begrenzten Ausnahmefällen als nachhaltig zu akzeptieren.

9. Bilaterale Abkommen

Mit interessierten Ländern wollen wir schnellstmöglich bilaterale Abkommen schließen, die Technologietransfer, finanzielle Unterstützungen und ggf. die Abnahme von Überschüssen (wie oben beschrieben) zertifizierter Biomasse oder -energie auf eine langfristig gesicherte Grundlage stellen. In diesem Zusammenhang wird in vielen Fällen sinnvoll sein, die notwendigen Technologien und Anlagen ggf. auch kostenlos zur Verfügung zu stellen. Solche Vereinbarungen haben für beide Seiten nur Vorteile: Versorgungssicherheit, CO₂-Minderung, Verbesserung der sozialen Standards und damit der politischen Stabilität.

10. Landwirtschaft in den armen Ländern fördern, Abbau von Exportsubventionen

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise hat vor allem die armen Länder getroffen, deren Volkswirtschaften von Agrarimporten abhängig sind und in denen die heimische Landwirtschaft in der Vergangenheit vernachlässigt wurde (Beispiele: Mexiko, Haiti, Simbabwe ...).

Der endgültige Abbau von Subventionen für Agrarexporte im Rahmen der WTO soll es ermöglichen, dass die durch die Subventionen zerstörte Landwirtschaft in Entwicklungsländern reaktiviert wird. Die bisherigen Agrarsubventionen (die ein Mehrfaches der EZ-Leistungen ausmachen) sollen für sinnvolle Entwicklungsmaßnahmen eingesetzt werden. Maßnahmen wie das afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm CAADP (Comprehensive African Agriculture Development Program) der Afrikanischen Union stellen dafür einen herangereiften „Investment Plan“ dar, der zu unterstützen ist.

Die derzeitigen Ausgaben für Landwirtschaft durch das BMZ (nur 3 % der EZMittel) sind völlig unzureichend.

11. Schaffen eines Masterplans zur Rettung des verbliebenen Regenwald und Wiederaufforstung

Es ist „fünf vor zwölf“ für die Urwälder der Erde. Daher fordern wir eine Initiative in Art und Größenordnung des Marshallplans der Nachkriegszeit. Unter Federführung der UN müssen die noch vorhandenen Regenwälder weltweit unter absoluten Schutz gestellt und Kahlschläge der letzten Jahrzehnte wieder aufgeforstet werden. Die betroffenen Staaten können dies nur mit internationaler Unterstützung leisten. Erste Anfragen gibt es bereits (Beispiel: Ecuador). Die betroffenen Länder sind für die Nutzungsausfälle von der internationalen Gemeinschaft angemessen zu entschädigen. Zu finanzieren sind die Maßnahmen von den Industrieländern mit den größten CO₂-Emissionen der letzten hundert Jahre, gemäß deren Anteil. Eine

mögliche Finanzierungsquelle für Deutschland und die übrigen Mitglieder der Europäischen Union wären die Erlöse aus den vollständig zu versteigernden der CO₂-Emissionsrechten.